presse

AG Verkehr und digitale Infrastruktur

Geplanter Wegfall der Motorradprüfung gefährdet die Verkehrssicherheit

***Elvan Korkmaz**, zuständige Berichterstatterin;*
***Uwe Schmidt**, zuständiger Berichterstatter:*

Der Referentenentwurf zur Vierzehnten Verordnung zur Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur sieht vor, Autofahrern mit dem Führerschein der Klasse B künftig den Zugang zum Motorradfahren zu erleichtern. Sowohl die bislang vorgeschriebene Ausbildung, als auch theoretische und praktische Prüfung sollen demnach entfallen. Eine 90-minütige Theorieeinheit sowie sechs praktische Fahrstunden sollen gemäß Entwurf ausreichen, um ein Kraftrad der Klasse A1 zu führen. Diese Krafträder können auf Höchstgeschwindigkeit von über 100 km/h beschleunigen.

„Der geplante Wegfall der Motorradprüfung entspricht nicht unserem Verständnis vom Koalitionsvertrag. Dort haben wir uns klar auf die ‚Vision Zero' verständigt – perspektivische Reduzierung der Verkehrstoten auf null. Motorradfahrer sind bereits jetzt eine Hochrisikogruppe im Straßenverkehr. Die Unfallzahlen auf null zu reduzieren, wird mit solchen Vorschlägen nicht gelingen.

Die Idee des Bundesverkehrsministers halten wir für sehr gefährlich. Das Fahren eines Motorrades unterscheidet sich erheblich von dem Führen eines Autos. Jeder gefahrene Kilometer auf dem Motorrad erhöht die Fahrsicherheit. In gefährlichen Situationen entscheidet langjährige Erfahrung häufig über Leben und Tod. Die Zugangsvoraussetzungen für das Führen von Motorrädern der Klasse A1 derart herunterzusetzen, ist absurd. Dies gefährdet alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer – in erster Linie aber die Motorradfahrer."